



Richard Rohnert
IG Metall Bezirksleitung NRW

Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit

Paderborn,
1. Mai 2018

Die Gerechtigkeitslücke – Realität und Auftrag zum Handeln

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit ist unser Motto heute.
Deshalb sind wir heute hier.

Tatsächlich? In Deutschland ist doch alles in Butter und hier im schönen
beschaulichen Hochstift sowieso!

Das Ausland beneidet den Exportweltmeister, die Wirtschaft boomt.
Deutschland gilt als Musterschüler Europas. Ostwestfalen ist die Erfolgsregion in
NRW.

So, oder so ähnlich, tönt es allenthalben.

Mir ist da zu viel Selbstzufriedenheit, zu viel Wirklichkeitsverlust im Spiel.

Für einen Großteil der Menschen sieht die Wirklichkeit ganz anders aus.

Ja, die Beschäftigung ist auf einen Höchststand.

- Aber vor allem wegen der Explosion von Leiharbeit, Niedriglöhnen und Werkverträgen!

Ja, die Einkommen sind gewachsen.

- Aber während die oberen 10 Prozent in den letzten Jahren ein dickes Plus verzeichnen, ist die Kaufkraft der unteren dreißig Prozent gesunken!

Ja, das Netto-Geldvermögen in Deutschland liegt bei über 5 Billionen Euro.

- Aber das reichste Zehntel der Gesellschaft besitzt mehr als die Hälfte davon, während die untere Hälfte so gut wie leer ausgeht!

Nein, Kolleginnen und Kollegen:

Der Reichtum in Deutschland nimmt zu.

Aber die Gerechtigkeitslücke wächst noch schneller!

An vielen, viel zu vielen Menschen ziehen die Wirtschaftserfolge vorbei.

Hier im Herzen des Bistums Paderborn möchte ich Marx zitieren.

Reinhard Marx, der Erzbischof von München und Freising und soziale Vordenker der Katholischen Kirche ist in seiner Analyse glasklar:

*„Nie triumphierte das Kapital schamloser als heute.
Der Zwang zu immer höheren Renditen, auf die internationale Finanzgeber die Wirtschaftslenker verpflichten, und die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer scheinen eine unumkehrbare Entwicklung zu sein.*

*Im Gewand der Globalisierung steuert anonymes Geld unsere Gesellschaft.
Ganze Erwerbszweige werden zerstört;
Die Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz; die Armen werden ärmer und die Reichen immer reicher.“*

Unsere Antwort auf diese Entwicklungen ist deutlich:

Umverteilungspolitik ist angesagt, radikale Umverteilung von Reichtum und Lebenschancen.

Gerecht geht anders, Kolleginnen und Kollegen

Das wissen wir, und das muss endlich zum Ziel der Politik werden.

Das Programm der „neuen Koalition“: Chancen im Kleinen – Leerstellen im Großen

Kolleginnen und Kollegen!

Umverteilung für mehr Gerechtigkeit – das ist auch der Maßstab, den sich die neue Regierung gefallen lassen muss.

Diese Koalition, die nicht mehr groß, aber dafür wackelig ist.

Kein Zweifel, der Koalitionsvertrag enthält positive Vorhaben:

- Für Bildung soll mehr Geld bereitgestellt werden;
- die Sachgrundlosen Befristungen sollen eingeschränkt werden;
- der Absturz des Rentenniveaus soll gestoppt werden;
- in der Krankenversicherung soll die Parität wieder eingeführt werden.

Diese und andere Ankündigungen haben die Sozialdemokraten in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt.

Offenbar wollen sie Teile des Sozialabbaus, den sie mitverantwortet haben, wieder korrigieren.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse, die uns die Bundestagswahlen eingebracht haben, sind das ansehnliche Verhandlungserfolge.

Das ist gut so, das unterstützen wir.

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

die entscheidende Frage lautet doch: Reicht das?

Ist dieser Vertrag eine angemessene Antwort auf die Probleme, die die Menschen bedrücken, verunsichern, ja mitunter mutlos oder gar wütend machen?

Bei allem Respekt: Die Antwort lautet: Nein!

Das Regierungsprogramm bietet Chancen im Kleinen, aber Leerstellen im Großen.

Es korrigiert alte Fehler, aber es kapituliert vor den neuen Aufgaben.

Vor den Reformen, die die Gesellschaft solidarischer und gerechter machen!

Wir fordern Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit!

Das ist unser Mai-Motto und das fordern wir auch von der Politik!

Für die solidarische Neuordnung des Arbeitsmarktes

Nehmen wir den Arbeitsmarkt.

Prekäre Arbeit schreitet unverdrossen voran.

Über 40 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen.

Nicht alle davon sind prekär, aber immer mehr.

Weit mehr als die Hälfte der 2017 abgeschlossenen Arbeitsverträge waren befristet oder fanden in ungewollter Teilzeit oder Leiharbeit statt.

Über 1 Mio. Menschen arbeiten in der Leiharbeit und mehr als 20 Prozent im Niedriglohn-Sektor.

Vor allem Berufseinsteigerinnen und – einsteiger sind betroffen.

Kolleginnen und Kollegen:

Arbeit war einst Quelle von Wohlstand für Viele.

Heute ist sie Quelle von Armut für immer mehr:

Ich frage:

Wie sollen junge Menschen ihr Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist?

Wer keine feste Beschäftigung vorweisen kann, der kriegt doch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse!

Nein, Niedriglöhne, Leiharbeit und Werkverträge sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft.

Sie sind ein sozialstaatlicher Skandal.

Deshalb:

Nein zu Sozialdumping in den Betrieben und her mit der Guten Arbeit für alle!

Für ein höheres Rentenniveau und den Einstieg in die Erwerbstätigenversicherung

Kolleginnen und Kollegen,

Mutige Strukturreformen, statt kleinmütiger Fehlerkorrektur – das ist auch in der Alterssicherung angesagt.

Zum 1. Juli steigen die Renten: Gut so!

Aber lassen wir uns nicht täuschen:

Vielen droht nach wie vor Altersarmut oder ein Absturz im Lebensstandard!

Selbst wenn die Bundesregierung Wort hält und das Rentenniveau bei 48 Prozent bis 2025 stabil hält – und dann?

Die Leistungseinschnitte der letzten Jahre haben die soziale Rentenversicherung bereits erheblich beschädigt.

Und nach wie vor setzt der Koalitionsvertrag auf das sogenannte Drei-Säulen-Modell.

Die Menschen werden auf die betriebliche und private Vorsorge verwiesen, um die Renten aufzustocken.

So als hätte es den Sozialabbau bei den Betriebsrenten, die Renditeprobleme der Lebensversicherungen und das Desaster mit der Riesterrente nie gegeben.

Und mehr:

Unter Führung der Arbeitgeberverbände bildet sich eine Anti-Sozialstaats-Allianz.

Sie will die Stabilisierung des Rentenniveaus und die zugesagten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente noch verhindern.

Und sie schwadronieren schon von der Rente mit 70, 71 oder 72!

Kolleginnen und Kollegen,

Da fehlen einem die Worte - diese Vorhaben sind absurd, sie sind dumm und töricht!

Ich sage:

Schon die Rente mit 67 war eine der größten politischen Fehlentscheidungen in der Sozialpolitik!

Die Altersgrenzen sollte verändert werden, aber nicht nach oben, sondern nach unten!

Flexible Ausstiegsmöglichkeiten mit akzeptablen Renten, so wird ein Schuh daraus.

Und ich füge hinzu:

Wir lassen uns nicht einreden, Rentenkürzungen und höhere Altersgrenzen dienen dem Schutz der Jungen.

Schützen wir die Jungen vor den falschen Jugendschützern.

Wer die Alterssicherung privatisiert, spielt nicht der nachwachsenden Generation, sondern Arbeitgebern und Versicherungskonzernen in die Hände.

Die einen verdienen sich eine goldene Nase und die anderen müssen der Versorgungslücke hinterherhospieren – ohne Arbeitgeberbeteiligung, aber mit allen Zinsrisiken.

Nicht mit uns!

Sicherheit im Alter ist zu wichtig, um sie den Zockern auf den Finanzmärkten zu überlassen.

Wir wollen eine verlässliche und auskömmliche Rentenversicherung, auf die sich alle Generationen, auch die Jungen verlassen können!

Und in die alle einzahlen: auch Selbstständige, Freiberufler, Beamten und Politiker!

Deshalb:

- Rauf mit dem Rentenniveau;
- und her mit der Erwerbstätigenversicherung

Das steht für Generationengerechtigkeit!

Gesundheitspolitik: Für Parität und Bürgerversicherung!

Kolleginnen und Kollegen!

Apropos Gerechtigkeit und Solidarität – auch in der Krankenversicherung werden sie mit Füßen getreten.

Die neue Bundesregierung hat zugesagt, die paritätische Finanzierung wieder herzustellen.

Doch die jüngsten Aussagen des neuen Gesundheitsministers Spahn machen mehr als misstrauisch.

Ihm scheinen die Beschimpfung von Hartz IV-Beziehern und die Wettbewerbsprobleme der privaten Krankenversicherung wichtiger.

Wir beharren auf den Ausbau der gesetzlichen Krankenversicherung zur solidarischen Bürgerversicherung!

Da müssen wir dran bleiben.

Selbst die unzureichenden Zusagen im Koalitionsvertrag sind längst nicht sicher.

Selbst sie müssen noch erstritten werden.

Wir machen Druck, damit die Zusagen des Koalitionsvertrages nicht leere Versprechen bleiben.

Aber wir drängen auch weiter auf grundlegende Reformen – Strukturreformen für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Gute Arbeit!

Dafür sind wir vor der Wahl angetreten – und dabei bleiben wir!

Für die Humanisierung der Arbeit

Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit heißt auch: Arbeit darf nicht krank machen.

In Hochglanzbroschüren wird oft das Bild der schönen, neuen Arbeitswelt gemalt.

Mit jungen, gesunden Menschen - bis unter die Haarspitzen motiviert.

Und die Digitalisierung macht alles noch schöner, heller, bunter.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

Arbeitsverdichtung, Stress und Arbeitshetze sind die Regel.

Burnout droht zur Volkskrankheit des 21. Jahrhundert zu werden!

Ja, ich weiß: Der globale Wettbewerbsdruck ist gnadenlos.

Doch der Hochleistungs-Kapitalismus sollte es mit dem Raubbau an der Gesundheit der Menschen nicht übertreiben.

Das Recht auf Gesundheit ist kein Luxusgut für Schönwetterperioden!

Es ist ein Menschenrecht – egal, wie es um die Konjunktur steht!

Und Menschenrechte gelten auch im Betrieb!

Und wenn das nicht der Fall ist, dann ist das unser Job, dafür zu sorgen, dass sich das ändert!

Und die Arbeitgeber?

Sie haben nichts Besseres zu tun als die Arbeitszeitordnung zu attackieren.

Gemeint ist der 8-Stunden-Tag und sind die 11 Stunden Ruhezeit, die das Arbeitszeitgesetz vorschreibt.

Denn, so das Argument, diese Schutzvorschriften passen nicht mehr in unsere Zeit.

Kolleginnen und Kollegen!

Was nicht in die Zeit passt sind ungezügelt Phantasien nach Arbeiten ohne Ende!

Menschen sind Menschen - und keine Roboter!

Und deshalb braucht der Arbeitstag eine Grenze, brauchen wir Zeit zur Erholung, Zeit für Familie, Zeit für Freunde.

Deshalb:

Der 8-Studentag ist gesetzt und bleibt!

Und die Ruhezeit zwischen den Schichten von 11 Stunden auch – Digitalisierung hin oder her!

Erfolge für Verdi und die IG Metall

Kolleginnen und Kollegen!

Vor wenigen Wochen hat Verdi einen Tarifvertrag erkämpft der ganz konkret für mehr Entgeltgerechtigkeit sorgt.

Als IG Metall ist uns in der Tarifrunde 2018 ein weiterer Schritt in Richtung Gute Arbeit gelungen.

Ansehnliche Entgeltsteigerungen und mehr Zeitautonomie gehen Hand in Hand.

Das passt!

Das war nur möglich, weil sich im Laufe der Auseinandersetzung mehr als 1,5 Mio. Kolleginnen und Kollegen an Arbeitsniederlegungen beteiligt haben!

Bis zu 24 Stunden!

Heute, am 1. Mai in Paderborn will ich mich noch einmal bei allen bedanken, die mitgekämpft haben. Das war Solidarität konkret!

Gegen „rechte Sackgassen“- für soziale Demokratie und Menschenrechte

Kolleginnen und Kollegen!

Statt mit uns für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen, versuchen einige, mit den Sorgen der Menschen ein übles Spiel zu spielen.

Ja, ich spreche von dieser Partei mit dem Etikettenschwindel im Namen, der „Alternative für Deutschland“.

An einigen Orten in der Republik organisieren sie heute Kundgebungen unter dem Motto: „Sozial ohne rot zu werden“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Einzige, was die ohne rot zu werden machen, ist lügen.

Sie verkaufen sich als sozial – dabei sind die das Gegenteil.

Sie geben gerne vor, die „kleinen Leute“ zu repräsentieren und sich für eine Verbesserung der Lebensumstände von Beschäftigten einzusetzen.

All das ist gelogen - die Politik der AfD würde diesen Menschen nicht helfen – im Gegenteil.

Wenn deren neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgesetzt würde, ginge es vielen noch wesentlich schlechter.

Der Neoliberalismus hat zu den sozialen Verwerfungen geführt, die wir alle beklagen.

Die AfD will uns davon nun eine noch höhere Dosis verabreichen.

Sie steht für Privatisierung, Abbau der sozialen Sicherung und den Rückzug des Staates.

Davon profitieren nur Besserverdienende und Vermögende.

Und das bisschen, was es aus Sicht der AfD noch an Solidarität zu verteilen gibt, soll ausschließlich an Deutsche gehen.

Das ist mittelalterlich.

Wir heißen Menschen willkommen, die vor Terror, Krieg, Verfolgung und Armut fliehen!

Wir stehen für Respekt und Solidarität.
Wir stehen für Toleranz und Weltoffenheit – die stehen für Menschenverachtung.

Wir stehen für sozialen Fortschritt – die stehen für Sozialabbau und Umverteilung von Unten nach Oben.

Wir stehen für Beteiligung und Demokratie – die geben es vor, aber in Wirklichkeit ist das ein autoritärer Haufen.

Bei den Betriebsratswahlen haben sie versucht, in den Belegschaften Fuß zu fassen.

Mit wenig Erfolg, glücklicherweise!

Aber die Gefahr ist längst nicht gebannt!

Kolleginnen und Kollegen!

Lasst mich Klartext reden.

Ich bin Gewerkschafter, mein Vaterland ist international.

Aber wäre ich ein Patriot, ich würde mich schämen!

Wer auf der Flamme von Bürgerwut und Zukunftsängsten seine braune Suppe kochen will, der meint es nicht gut mit seinem Land!

Wo waren sie denn, diese angeblichen Anwälte der kleinen Leute, als wir für Mindestlöhne, auskömmliche Renten und gute Arbeit gekämpft haben?

Glaubt denn wirklich jemand, dass die Flüchtlinge fairen Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit im Wege stehen?

Oder dass wir Steuerflucht, explodierende Mieten und obszönen Managergehälter in den Griff bekommen, wenn wir die Grenzen schließen und die Menschen im Mittelmeer ersaufen lassen?

Oder dass sich mit Ausgrenzung und Rassismus eine solidarische Betriebspolitik betreiben ließ?

Nein!

Hetze gegen Minderheiten hilft nicht gegen Ungerechtigkeit.

Weder im Betrieb noch in der Gesellschaft!

Hier ist Widerstand gegen Menschenverachtung und Dummheit angesagt!

Wir stehen für Toleranz und soziale Demokratie, in der Menschenwürde keine leere Phrase ist.

Wir nennen die Dinge beim Namen und kämpfen gemeinsam für soziale Sicherheit und Perspektiven - für alle!

Für Deutsche und Nicht-Deutsche, für Arbeitslose und Geflüchtete!

Das ist der beste Dienst, den wir der Demokratie leisten können!

Für eine gerechte Weltordnung ...

Kolleginnen und Kollegen,

Umweltschutz und Arbeit für Alle sind heute längst globale Themen.

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität.

Aber seien wir ehrlich: endet heute unser Blick nicht zu oft am Gartenzaun der eigenen Sorgen?

Die acht reichsten Personen der Welt besitzen mehr Vermögen als die untere Hälfte der Menschheit!

20 Millionen Menschen sind akut vom Hungertod bedroht.

In Syrien tobt seit Jahren ein erbarmungsloser Krieg, in dem die Regionalmächte ihre geostrategischen Interessen ausspielen.

Aus Afrin fliehen Tausende vor einer völker- und menschenrechtswidrigen Aggression der türkischen Armee!

Und die Welt schaut der Tragödie zu.

Kolleginnen und Kollegen!

Wir lehnen Aggression und Terror ab – von welcher Seite sie auch kommen!

Ein „Imperium der Schande“ - so hat der Ex-UN-Berichterstatler Jean Ziegler diese Weltordnung genannt.

Und genau das ist sie: Ein Imperium der Schande!

Damit muss Schluss sein!

Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Gerechtigkeitslücken bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Und es geht um eine Weltfriedensordnung, ohne imperiale Machtgelüste, in der alle Menschen eine Lebensperspektive haben, ganz gleich, wo sie geboren wurden.

Nicht Menschenwürde und internationale Solidarität, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet, die Natur zerstört und die Welt mit Kriegen überzieht, ist ein Irrtum der Geschichte.

Und deshalb wird es höchste Zeit, dass er von der historischen Bühne abtritt.

Je früher – desto besser!

Auch das ist eine Botschaft des 1. Mai.

... und eine soziale Bewegung der Solidarität

Gute Arbeit, soziale Demokratie und globale Solidarität – Herkules-Aufgaben allesamt!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Diesen Kampf werden wir führen müssen, den wird uns niemand abnehmen.

Dabei habe ich eine Hoffnung.

Vielleicht wächst in diesem Kampf ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Für eine Gesellschaft, in der Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie nicht immer wieder gegen die Profit- und Machtinteressen gesellschaftlicher Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Kapitalismus.

Um es mit Marx zu sagen, Karl Marx, dem deutschen Philosophen und Ökonom, dessen 200. Geburtstag wir in wenigen Tagen am 05. Mai feiern:

„Eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Ein altes Ansinnen, gewiss; aber zugleich das aktuellste, dass ich kenne.

Also: Auf geht's!

Es lebe der 1. Mai!